



# PUA

über die  
2. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses  
am Dienstag, dem 08.03.2011  
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend

## SPD

Herr Thomas Blaschke  
Herr Andreas Friedhoff  
Frau Astrid Gube  
Herr Dieter Hartig  
Herr Hans-Dieter Heidenreich  
Herr Peter Holtmann  
Herr Klaus Kasperidus  
Herr Martin Köhler  
Herr Michael Krause  
Herr Friedhelm Lipinski  
Herr Marco Pincus  
Herr Klaus Slomiany  
Herr Udo Theimann  
Herr Theodor Wältermann

## CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh  
Herr Ralf Eisenhardt  
Frau Susanne Middendorf  
Frau Ina Scharrenbach  
Herr Ernst-Dieter Standop

## Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel  
Frau Anke Schneider

## FDP

Frau Heike Schaumann

## DIE LINKE / GAL

Herr Gerrit Naujoks

fraktionslos  
Herr Dieter Kloß

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- u. Umweltausschusses  
Herr Heinrich Hellekemper  
Frau Dip.-Ing. Anika Michalik

Verwaltung  
Herr Matthias Breuer  
Herr Reiner Brüggemann  
Herr Andreas Dörlemann  
Herr Karsten Harrach  
Frau Monika Holtmann  
Herr Uwe Liedtke

Gäste  
Herr Dipl.-Ing. Marco Fleischer, Planersocietät, Dortmund

Entschuldigt fehlten  
Herr Cetin Bahcekapili  
Frau Marion Dyduch  
Herr Heinrich Kissing  
Frau Ursula Müller  
Herr Herwig Rabeneck  
Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation zu TOP 1 der Sitzung am 08.03.2011 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden. Auch der aktualisierte Entwurf des Lärmaktionsplanes ist in das Ratsinformationssystem eingestellt und kann darüber eingesehen werden.

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Handlungskonzept Wohnen für die Stadt Kamen Sachstandsbericht des Büros Planersocietät, Dortmund	
2	Lärmaktionsplan der Stadt Kamen hier: Einbringung der Entwurfsfassung nach der zweiten Bürgerbeteiligung	008/2011
3	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Handlungskonzept Wohnen für die Stadt Kamen  
Sachstandsbericht des Büros Planersocietät, Dortmund

Herr **Lipinski** begrüßte Herrn Marco Fleischer vom Büro Planersocietät, Dortmund.

In einem ausführlichen Vortrag stellte Herr **Fleischer** das Planungsbüro vor, informierte über Aufgabenstellung, Ziel und Methodik, Projektablauf und Zeitplan sowie Rahmenbedingungen und gab erste Einschätzungen. Einzelheiten sind der Präsentation zu entnehmen, die über das Ratsinformationssystem eingesehen werden kann.

Herr **Kühnapfel** erkundigte sich nach der Einbindung von Verwaltung und Politik bei der Erstellung des Handlungskonzeptes Wohnen.

Daraufhin erläuterte Herr **Fleischer**, dass alle Verwaltungsbereiche in Form eines Workshopverfahrens bei der Erarbeitung eingebunden würden. Darüber hinaus werde es nach Auswertung aller wesentlichen Punkte eine erneute Vorstellung im Planungs- und Umweltausschuss geben.

Zu dieser Thematik ergänzte Herr **Liedtke**, dass der Zeitpunkt für die Vorstellung erster Ergebnisse vom Stand der Arbeiten abhängig sei, er jedoch davon ausgehe, dass eine weitere Sachstandsinfo im Planungs- und Umweltausschuss noch vor der Sommerpause erfolgen könne.

In Bezug auf die Beteiligung der politischen Gremien wies Herr **Brüggemann** darauf hin, dass die Verwaltung gern bereit sei, bei Bedarf eine Beratung in den Fraktionen zu organisieren. Er appellierte an die Politik, Anregungen einzubringen, die dann in gebotener Weise diskutiert und schließlich abgestimmt würden. Abhängig vom Umfang der Einträge aus der Politik, könne sich die Verwaltung ggf. eine Beschlussfassung des Kammer Handlungskonzeptes Wohnen im Herbst 2011 vorstellen.

Mit dem Hinweis auf die Haushaltsrede des Bürgermeisters und dem angestrebten Ziel, eine Einwohnerzahl von über 50.000 zu erreichen, bat Herr **Kloß** um Einschätzung, wie und ob dieses überhaupt erreicht werden könne.

Herr **Brüggemann** erwiderte, dass diese Zielsetzung aus den 70er Jahren mit Blick auf die demografische Entwicklung nach den heutigen Erkenntnissen als sehr unrealistisch einzustufen sei. In dem Vortrag von Herrn Fleischer sei deutlich geworden, dass viele Faktoren auf Bevölkerungsentwicklung und –wachstum einwirken würden. Nach seiner Einschätzung sei mittelfristig die Annahme einer Bevölkerungszahl von 45.000 realistisch.

Herr **Kloß** stellte heraus, dass s. E. in der Innenstadt ein zu geringes Angebot für junge Leute vorhanden sei und fragte nach, in wie weit Erkenntnisse zur Entwicklung der Innenstadt mit der Wohnungsmarktanalyse vorgelegt werden könnten.

Herr **Fleischer** entgegnete, dass es sehr schwierig sei, die Rolle der Einwirkungen in Bezug auf den Einzelaspekt „Angebot für junge Leute“ zu quantifizieren. Ein entscheidender Ansatz sei es, im Bereich der Innenstadt, die integrierte Lage zu betrachten. Diese spiele eine wesentliche Rolle für das Konzept.

Herr **Kühnapfel** merkte an, dass das Ergebnis des Gutachtens von vielen anderen Prognosen abhängig sei (z. B. wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsmarktsituation) und fragte nach, ob und wie diese Prognosen berücksichtigt werden.

Das gesamte verfügbare Datenmaterial werde ausgewertet, vorliegende Prognosen berücksichtigt und für die Entwicklung von Szenarien mit herangezogen, erklärte Herr **Fleischer**. Es sei schwierig, die Finanzlage der Bevölkerung abschließend festzulegen, doch der allgemeine Trend gehe dahin, dass der Anteil der einkommensschwachen Haushalte ansteigen werde.

Die Attraktivität eines Wohnstandortes werde auch wesentlich von der Ausstattung mit sozialen Einrichtungen geprägt, führte Herr **Naujoks** aus. Zudem habe auch der demografische Wandel große Einflüsse auf Stadtentwicklung und Wohnungsmarkt. Nach Einschätzung seiner Fraktion seien staatliche Lenkungs- und Regulationsmaßnahmen für die weitere Entwicklung erforderlich. Der Verwaltung wünsche er in diesem Sinne viel Erfolg und Tatkraft.

Ein Risiko sehe er in dem langen Prognosezeitraum (bis 2030).

Herr **Fleischer** entgegnete, dass das Bevölkerungswachstum grundsätzlich gut und genau bis 2025/2030 zu prognostizieren sei. Dagegen seien jedoch gesellschaftliche Einflüsse und Wanderungszahlen als eher unsicher einzustufen.

Zur Aussage von Herrn **Kloß** erwiderte Frau **Scharrenbach**, dass die Wohnungsmarktanalyse nicht dazu diene, Handlungsoptionen vorzuschreiben, sondern als Grundlage herangezogen werden könne, um Problemlösungen zu entwickeln. Die Erstellung der Wohnungsmarktanalyse sei Bestandteil des vom Rat beschlossenen integrierten Handlungskonzeptes. Sie erkundigte sich nach Art und Umfang der Förderung.

Die Erstellung des Kamener Handlungskonzeptes Wohnen werde über die Städtebauförderung mit einem Anteil von 70% gefördert, erklärte Herr **Liedtke**.

Auf Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh**, ob die Rasterdarstellung und Auswertung mit Blick auf die tatsächlichen Quartiersstrukturen für Kamen geeignet sei, erläuterte Herr **Fleischer**, dass bei der Verwendung von „Kacheln“ die Vergleichbarkeit aller Bereiche gegeben sei, während bei der Darstellung von Blockstrukturen diese Möglichkeit des Vergleiches nicht gegeben sei. Das Darstellungs- und Auswertungsverfahren wurde jedoch noch nicht mit der Verwaltung abgestimmt. Es sei grundsätzlich auch möglich, beide Varianten zu liefern.

In diesem Zusammenhang erläuterte Herr **Brüggemann**, dass derzeit die Phase der Grundlagenermittlung abgewickelt werde. Die detaillierten Anforderungen an das Gutachten sollen im weiteren Verlauf noch mit der Verwaltung abgestimmt werden. Insofern werde eine Anpassung an die Gegebenheiten erfolgen. Auch er fördere den Ansatz, beide Varianten zu liefern, sofern der Finanzrahmen das hergebe.

Herr **Lipinski** bedankte sich bei Herrn **Fleischer** für den informativen Vortrag.

Zu TOP 2.  
008/2011

Lärmaktionsplan der Stadt Kamen  
hier: Einbringung der Entwurfsfassung nach der zweiten Bürgerbeteiligung

Zunächst erläuterte Herr **Liedtke** die vorliegende Mitteilungsvorlage. Ziel der Verwaltung sei es, den Lärmaktionsplan noch vor der Sommerpause durch den Rat beschließen zu lassen.  
(Beratungsfolge: PUA 14.07.11, HFA 19.07.11, RAT 21.07.11).

Herr **Lipinski** wies ausdrücklich darauf hin, dass nunmehr die Öffentlichkeit und die Fraktionen die Möglichkeit hätten, Meinungen und Anregungen zum vorliegenden Entwurf einzureichen.

Auf Nachfrage von Frau **Scharrenbach** erläuterte Herr **Brüggemann**, dass sich der Straßenverkehrsausschuss mit der Entwicklung eines Lkw-Verkehrskonzeptes mit besonderem Augenmerk auf die Lkw-Verkehre Unnaer Straße und Lünener Straße befassen werde. Die Bearbeitung erfolge derzeit vom FB 60.1, Bereich Verkehr. Inhalte seien z. B. integriertes Lkw-Navigationssystem, Beschilderungsmaßnahmen. Herr **Liedtke** ergänzte, dass die Einführung einer Maut nicht zulässig sei und hier eine Bündelung von verschiedenen Maßnahmen ausschlaggebend für ein erfolgreiches Lkw-Lenkungskonzept sei. Bei den Verkehrsbeziehungen sei der Zeitfaktor ebenfalls von großer Bedeutung, so dass auch Maßnahmen wie Geschwindigkeitsreduzierungen greifen können.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, ob die Änderungen des BImSchG aus November 2010 mit in den Lärmaktionsplan eingeflossen sei.

Dazu erklärte Herr **Liedtke**, dass dies erst Auswirkungen auf die 2. Stufe des Lärmaktionsplanes habe, die 2012 folge. Die Frage der Zuständigkeit für die Grundlagenermittlung für diese 2. Stufe sei jedoch derzeit noch nicht abschließend geklärt. Es sei noch nicht sicher, ob die Kommunen oder das Landesumweltamt die Grundlagenberechnungen durchführen werden. Ungeachtet dessen werde die Verpflichtung bestehen, den Lärmaktionsplan alle 5 Jahre fortzuschreiben.

In Bezug auf die von der Bahn vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen ent-

lang der Bahnstrecke regte Herr **Diederichs-Späh** an, Messungen vorher und nachher durchzuführen, damit die Auswirkungen dokumentiert werden können. Diesbezüglich erläuterte Herr **Liedtke**, dass grundsätzlich keine Messungen praktiziert werden, sondern Berechnungsmodelle zur Beurteilung der jeweiligen Situation herangezogen werden.

Nach Einschätzung von Herrn **Blaschke** könne sich die Problematik der Lkw-Verkehre auf der Lünener Straße durch den Wegfall der Baustelle Kamener Kreuz wieder relativieren.

Dem stimmte Herr **Brüggemann** grundsätzlich zu. Die Umfahrungen der Autobahnen im Verhältnis zu Zeitaufwand und Ausgaben für Betriebsstoffe mit Blick auf Einsparungen der Mautgebühren seien nicht nachvollziehbar. Darüber hinaus werde in Bezug auf die Lkw-Verkehre das Ziel einer überregionalen Verkehrslenkung von der Verwaltung angestrebt.

Frau **Scharrenbach** zeigte sich darüber erfreut, dass die Verwaltung das Vorhaben, ein Lkw-Lenkungskonzept aufzustellen, weiter verfolge. Sie hätte es auch sehr begrüßt, wenn dieses Thema in die Tagesordnung des Planungs- und Umweltausschusses aufgenommen worden wäre. Sie bat darum, die Speditionen im Umfeld bei der Erarbeitung eines Lkw-Lenkungskonzeptes mit zu beteiligen. Darüber hinaus bat sie darum, den Bau der Spange Südkamen in dem Konzept ebenfalls zu berücksichtigen, da nach Ihrer Meinung damit eine Zunahme des Schwerlastverkehrs in Südkamen einhergehen werde.

Mögliche Szenarien zum Verkehrslenkungskonzept für Lkw, so Herr **Brüggemann**, würden im Straßenverkehrsausschusses als zuständigen Fachausschuss vorgestellt. Die Entwicklung eines Lkw-Lenkungskonzeptes als solches sei jedoch ein längerer Prozess, der sicherlich noch bis in das Jahr 2012 hinein andauern werde. Eine Beratung im Planungs- und Umweltausschuss erfolge lediglich im Zusammenhang mit der Lärmaktionsplanung. Die Lärminderung durch die Verdrängung von Lkw-Verkehren sei im Rahmen der Lärmaktionsplanung nur einer von verschiedenen Bausteinen.

Abschließend wies Herr **Lipinski** nochmals auf die anstehende Beratungsfolge zum Lärmaktionsplan vor der Sommerpause hin.

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### **3.1 Mitteilung der Verwaltung**

#### **3.1.1**

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass der Bürgermeister in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17.03.2011 ausführlich über den Zustand der Straßen nach dem Winter und über den Umfang der damit einhergehenden Straßenschäden berichten werde.

#### **3.1.2**

Im Zusammenhang mit dem bei der Bezirksregierung vorliegenden GWA-Antrag auf Betriebserweiterung informierte Herr **Brüggemann** zum aktuellen Sachstand. Mit der Bezirksregierung habe die Verwaltungsleitung sich dahingehend verständigt, dass die Entscheidung über den vorliegenden

Antrag der GWA zurückgestellt werde. Nachdem gegenüber der Bezirksregierung die Positionen der Stadt Kamen und der GWA dargestellt wurden, sollen zunächst auf Arbeitsebene weitere Abstimmungsgespräche mit Stadt Kamen, Kreis Unna und GWA geführt werden. Er verband damit die Hoffnung, ein tragfähiges Ergebnis in der Sache erzielen zu können. Abschließend erklärte er, dass die Fraktionen über den Gesprächsstand in geeigneter Form – ggf. auch telefonisch - informiert werden.

### 3.2 Anfragen

#### 3.2.1

Herr **Krause** nahm Bezug auf die aktuelle Berichterstattung in der Presse zu möglichen Erdgasbohrungen auch im Kamener Stadtgebiet, wonach bereits Anträge bei der Bezirksregierung vorliegen sollen. In dieser Sache bat er um Transparenz und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit.

Auch die Verwaltungsleitung habe das Thema erst über die Berichterstattung erreicht, informierte Herr **Brüggemann**, und habe sich sofort bei der Bezirksregierung erkundigt. Der Regierungspräsident werde zeitnah alle beteiligten Kommunen zu einem Gespräch einladen und umfassend informieren. Das Vorhandensein von Rechten zur Nutzung von Bodenschätzen sei im Rahmen der Bauleitplanung bekannt. Über neue Erkenntnisse werde informiert, sagte Herr Brüggemann zu.

In diesem Zusammenhang fragte Herr **Kühnapfel**, seit wann die Verwaltung von dem Sachverhalt und einer Beteiligung der Gemeinschaftsstadtwerke Kenntnis habe.

Erst durch die Veröffentlichungen in der Presse haben Bürgermeister und Beigeordnete Kenntnis erhalten, führte Herr **Brüggemann** nochmals aus. Von einer Beteiligung der Gemeinschaftsstadtwerke sei ihm nichts bekannt. Zunächst werde die Verwaltung die Informationen zusammentragen mit dem Ansatz, für Transparenz sorgen.

Frau **Scharrenbach** ergänzte, dass auch sie die Information erst über das Radio erhalten habe. Sie sehe darin ein Versäumnis der Bezirksregierung, die ihrer Informationspflicht nicht ausreichend nachgekommen sei. Sie schlug vor, eine interfraktionelle Resolution zur Einbindung von Bürgern, Politik und Verwaltung in der kommenden Ratssitzung zu beschließen. Damit könne der Forderung mehr Druck verliehen und dem Bürgermeister in seinem Bestreben breite Unterstützung signalisiert werden. Dieses Angebot der CDU-Fraktion gehe hiermit an alle Fraktionen im Rat der Stadt Kamen.

Herr **Brüggemann** widersprach dem Vorschlag von Frau Scharrenbach mit dem Hinweis, zunächst die angekündigte Informationsveranstaltung der Bezirksregierung abzuwarten.

Frau **Scharrenbach** entgegnete, dass ihr Angebot nicht an die Verwaltung, sondern an die Fraktionen gerichtet sei.

### 3.2.2

Unter Bezugnahme auf die in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 03.02.2011 dargestellte Problematik des zu engen Bahnsteiges in Methler habe er nochmals selbst recherchiert, erklärte Herr **Kloß**. Seiner Meinung nach sei das Gefahrenpotenzial bedeutend größer als dies beschrieben worden sei und er sei davon überzeugt, dass eine Verbreiterung um 80 cm nicht ausreichend sei, um die erforderliche Sicherheit zu ermöglichen. Gerade mit Blick auf schnell durchfahrende Güterzüge sei eine hohe Gefährdung für die am Bahnsteig befindlichen Personen gegeben.

Dazu erklärte Herr **Brüggemann**, dass die Verwaltung die zuständige Stelle auf die Gefahren durch den zu schmalen Bahnsteig im Rahmen des nunmehr abgeschlossenen Beteiligungsverfahrens hingewiesen habe. Die Stadtverwaltung sei hier nicht originär zuständig. Die DB sei auch für die Sicherheit ihrer Kunden verantwortlich.

### 3.2.3

Herr **Standop** teilte mit, dass im Bereich der Gutenbergstraße die Beleuchtung ausgeschaltet sei. Er erkundigte sich nach der Ursache.

Herr **Liedtke** entgegnete, dass dies nicht im Rahmen der Einsparungsmaßnahme erfolgt sei. Nach den Ursachen werde sich die Verwaltung erkundigen.

#### *Anmerkung der Verwaltung:*

*Nach Auskunft der Gemeinschaftsstadtwerke war der Ausfall der Straßenbeleuchtung durch eine technische Störung bedingt, die zwischenzeitlich durch die Gemeinschaftsstadtwerke behoben worden ist.*

### 3.2.4

Auf Anfrage von Herrn Diederichs-Späh zum Sachstand des Bebauungsplanes Nr. 35 Ka-Me „Auf dem Pastoratsfelde“, teilte Herr **Liedtke** mit, dass ein Satzungsbeschluss bislang noch nicht erfolgen konnte. Grund dafür sei, dass dieser Bebauungsplan auch Regelungen zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen enthalte. Zur abschließenden Klärung der Eingriffskompensation sei neben der Flächenverfügbarkeit auch eine vertragliche Vereinbarung des Bauherrn mit dem Kreis Unna zur Umsetzung der Kompensationsmaßnahme erforderlich. Zwischenzeitlich seien die Flächen von dem Eigentümer zur Verfügung gestellt worden. Ein Vertragsentwurf über Anlegung und Unterhaltung durch den Kreis Unna mit dem Bauherrn sei abgestimmt. Sobald der Vertrag unterzeichnet sei, könne das Verfahren weitergehen. Der Verfahrensstand habe jedoch keine Auswirkungen auf die Baumaßnahme als solche, die Baugenehmigungen seien erteilt worden.

### 3.2.5

Zum Bebauungsplanverfahren 37 Ka-Me zwischen Schimmelstraße und Eisenbahn Dortmund – Hamm, bat Herr **Diederichs-Späh** mit Blick auf den Lärmschutz um Sachstandsinformation.

Herr **Liedtke** erklärte, dass der Aufstellungsbeschluss gem. § 13 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB im November 2009 gefasst worden sei. In dem Bebauungsplan sollen auch Regelungen zum Lärmschutz getroffen werden. Derzeit werde von der Verwaltung untersucht, den Bebauungsplanbereich zu erweitern – auch mit Blick auf den Lärmschutz.

### 3.2.6

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, ob aufgrund der Baumaßnahme „Seseke“ Felddrainagen verstopft worden seien, da Felder in diesem Bereich tlw. unter Wasser stehen würden.

Herr **Brüggemann** verwies zuständigkeitshalber an den Betriebsausschuss und bat, die Frage dort zu stellen.

### 3.2.7

Herr **Kloß** bedankte sich dafür, dass seine Anregung, den Bereich des Sportplatzes Methler zur Jahnstraße hin zu begrünen und den Zaun zu erhöhen, umgesetzt worden sei.

Herrn **Brüggemann** erklärte, dass es bereits vor mehreren Jahren entsprechende Gespräche der Verwaltung mit den Anwohnern diesbezüglich gegeben habe. Bestehende statische Probleme konnten nunmehr gelöst und die Maßnahme umgesetzt werden.

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung entfällt

gez. Friedhelm Lipinski  
Vorsitzender

gez. Uwe Liedtke  
Schriftführer